

Teuerungszulage für die Kriegssopfer.

Ende November 1921 hat der 19. Ausschuss des Reichstages sich eingehend mit den Forderungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen auf Erhöhung der Teuerungszulagen nach § 87 des A.B.G. beschäftigt und die Anträge der Regierung zur Berücksichtigung überwiegen. Demselben wurde vom Reichsarbeitsministerium geltend gemacht, daß eine Regelung der Teuerungszulagen nach § 87 des A.B.G. die in den letzten Monaten in höherem Maße in Angriff genommene Umanerkenntung hinführen würde, und außerdem würden diejenigen Rentenempfänger ausgeschlossen, deren Rente noch nicht nach dem neuen Recht festgestellt, also gerade der Teil, der einer Teuerungszulage am dringendsten bedürftig ist. Aus diesem Grunde hat die Regierung durch einen Erlass des Reichsarbeitsministers vom 21. September 1921 der Teuerungszulage dadurch zu begegnen gesucht, daß bestimmte Zuschüsse an einen Teil der Rentenempfänger förmlich gemacht wurden. Der mit Wirkung vom 1. August 1921 erlassene Erlass verordnete die Gewährung von Teuerungszulagen an alle Beschädigten, deren Erwerbshilfen mit 50 oder mehr Prozent gemindert ist. Daneben wurden Teuerungszulagen für die Hinterbliebenen der im Erwerb Lebenden, 30 Mark für Witwen, die nicht im Erwerb lebenden, 30 bis 75 Mark, außerdem für jedes Kind monatlich noch 15 Mark. Die Witwen und Hinterbliebenen erhielten 15 Mark, die erwerbsfähigen Witwen 40 Mark und jeder Elternteil 15 Mark. Ueberflüssig das Einkommen eines Versorgungsberechtigten den für ihn in Betracht kommenden Höchstbetrag der Erwerbshilfenunterstützung, so wurde nur der Rest gewährt, der für im Erwerb Lebende folgte. Die nach vorgenanntem Erlass gewährten Teuerungszulagen sind durch Erlass des Reichsarbeitsministers vom 1. Dezember 1921 in der Weise geändert worden, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 nur nach Teuerungszulagen an nicht im Erwerb lebende oder nur solche Beschädigte gewährt werden, die neben der Rente im Einkommen bis zu 1/3 der Höchstgröße der Erwerbshilfenunterstützung haben. Durch diese Anordnung gingen sämtliche Schwerbeschädigten und die im Erwerb lebenden Kriegsgewinnenden, deren Einkommen nicht als 1/3 der Erwerbshilfenunterstützung beträgt, mit Wirkung vom 31. Dezember 1921 des ihnen gewährten Teuerungszulages wieder verlustig. Die nach dem Erlass vom 1. Dezember 1921 den nicht im Erwerb lebenden Sterbenden gewährten Teuerungszulagen haben mit Wirkung vom 1. März 1921 folgende Erhöhung erfahren. Sie betragen für die Monate März und April für Schwerbeschädigte mit einer Minderung der Erwerbshilfen bis 60 Prozent 150 Mark, für Schwerbeschädigte mit einer Minderung der Erwerbshilfen um mehr als 60 Prozent 200 Mark und daneben, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind 60 Mark, für erwerbsfähige Witwen 150 Mark, für eine vollwaise 80 Mark, für eine Vollwaise 100 Mark, für ein Elternteil 100 Mark.

Nach der am 20. Februar eingetretenen Preissteigerung und der damit verbundenen Preissteigerung der unentbehrlichsten Bedarfsartikel hat der 19. Ausschuss am 10. März d. J. sich erneut mit der Frage der Teuerungszulagen beschäftigt. In dieser Sitzung wurde die Frage gestellt, ob die Teuerungszulagen wie bisher auf dem Verwaltungswege, oder dem der Gesetzgebung geregelt werden sollten. Der Ausschuss entschied sich für das Letztere und forderte die Regierung auf, alsbald einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen in der Annahme, daß der Gesetzesentwurf zur Zeit vorzulegen würde, daß keine Verabschiedung vor dem Reichstag noch möglich ist. Nun hat das Reichsarbeitsministerium am 4. April — wenige Tage vor dem am 7. April einsetzenden Osterferien — den Mitgliedern des 19. Ausschusses den Gesetzentwurf zur einstweiligen Kenntnisnahme übermittelt. Der Gesetzentwurf ist inwieweit an den Reichstag gegangen, und erst wenn er verabschiedet ist, kann der Reichstag dem 19. Ausschuss die Vorlage überweisen. Nach dem vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Entwurf sollen die bisherigen Teuerungszulagen wesentlich erhöht werden; ausgenommen davon sollen sein: Schwerbeschädigte, deren Erwerbshilfen um weniger als 50 Prozent gemindert ist; Witwen, die weder erwerbsfähig, noch einer erwerbsfähigen Witwe gleichgestellt sind; Personen, die unabhängig von Dienstbeschäftigung lebhaft auf Grund ihrer Militärdienstzeit versorgt sind (Kapitulanten); Personen, auf die das Rentnerergänzungsgesetz vom 21. Dezember 1920 Anwendung findet. Der Teuerungszulage soll betragen monatlich 450 Mark für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbshilfen um mehr als 80 Prozent; 320 Mark für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbshilfen um höchstens 80 Prozent; 320 Mark für eine Witwe; 150 Mark für eine vollwaise Witwe; 200 Mark für eine ehemalige Witwe; 180 Mark für einen Elternteil; außerdem soll jeder Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, für jedes Kind 100 Mark erhalten. Ferner sollen erhalten: Empfänger eines Übergangsgeldes (§ 32 A.B.G.) monatlich 320 Mark; Empfänger eines Hausgeldes (§ 13 A.B.G.) während der vollen Kalendermonate der Heilbehandlung, auch wenn eine geringere Minderung der Erwerbshilfen als 50 Prozent feststeht, im monatlich 320 Mark; wenn Hausgeldempfänger für Kinder zu

sorgen haben, für jedes Kind 100 Mark. Diese Zuschüsse fallen nach dem Entwurf fort, wenn mit dem Einkommen die Höchstgröße der Erwerbshilfenunterstützung um mehr als zur Hälfte überschritten werden. Der 19. Ausschuss hat sich am 4. April mit dem vorläufig übermittelten Gesetzentwurf eingehend beschäftigt und nach längerer, lebhafter Aussprache festgestellt, daß der Entwurf nach den bereits dargelegten Umständen vor dem Reichstag verabschiedet werden kann. Diese Tatsache darf also keinesfalls Veranlassung sein, falsche Schlußfolgerungen zu ziehen. Gewiß, die Kriegssopfer können der Meinung sein, daß der Reichstag unter allen Umständen noch vor Ostern das Gesetz beschließen sollte, aber andererseits werden die Kriegssopfer nicht verkennen, daß es gewiß nicht in ihrem Interesse läge, wenn der Reichstag das Gesetz beschließen und in der letzten Stunde vor der Beratung verabschiedet hätte. Um aber den besonders Hilfsbedürftigen die ungeheure Teuerung zu erträglich zu gestalten, hat der Ausschuss eine Entschädigung angenommen, die die Regierung ermächtigt, auf dem Verwaltungswege sofort die bisherigen Teuerungszulagen auszuscheiden, wesentliche zu erhöhen und dem Reichstag bis spätestens den 15. Mai 1922 einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der dann vom Ausschuss alsbald beraten werden soll. Im Ausschuss ist mit Nachdruck gefordert worden, daß die Teuerungszulagen nicht erst bei einer 50-prozentigen Minderung der Erwerbshilfen einzusetzen sollten, auch sei die in Aussicht genommene Regelung für die Hinterbliebenen nicht beschleunigt. Die Diskussion der Kriegssopfer, die in den letzten Tagen mit dem Reichsarbeitsministerium verhandelt haben, verlangte einer Teuerungszulage für alle Rentenempfänger und außerdem die Abschaffung der besonderen Teuerungszulagen für besondere Bedürftige, wie das durch die Neueingliederung des Dezembergesetzes gescheit. Inzwischen hat die Regierung Zeit, auch über die finanzielle Auswirkung der vorliegenden Vorlage eine Untersuchung zu machen (der Regierungsentwurf würde 5 Milliarden Mark erfordern) damit der Ausschuss bei seinen Beratungen auch darüber volle Klarheit hat. Der Ausschuss ist sich über die ungeheure Not vieler Kreise der Kriegssopfer durchaus klar, und wird alles tun, damit das hoffentlich bald zu verabschiedende Gesetz den Hilfsbedürftigen nach Möglichkeit

Sozialpolitik im Haushaltsrat.

Der Hauptausdruck des Reichstages heute am Sonnabend die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums ist ein wichtiger Bestandteil der Reichstagsarbeiten. Der Haushaltsrat hat sich mit der Frage beschäftigt, ob die Teuerungszulagen wie bisher auf dem Verwaltungswege, oder dem der Gesetzgebung geregelt werden sollten. Der Ausschuss entschied sich für das Letztere und forderte die Regierung auf, alsbald einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen in der Annahme, daß der Gesetzesentwurf zur Zeit vorzulegen würde, daß keine Verabschiedung vor dem Reichstag noch möglich ist. Nun hat das Reichsarbeitsministerium am 4. April — wenige Tage vor dem am 7. April einsetzenden Osterferien — den Mitgliedern des 19. Ausschusses den Gesetzentwurf zur einstweiligen Kenntnisnahme übermittelt. Der Gesetzentwurf ist inwieweit an den Reichstag gegangen, und erst wenn er verabschiedet ist, kann der Reichstag dem 19. Ausschuss die Vorlage überweisen. Nach dem vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Entwurf sollen die bisherigen Teuerungszulagen wesentlich erhöht werden; ausgenommen davon sollen sein: Schwerbeschädigte, deren Erwerbshilfen um weniger als 50 Prozent gemindert ist; Witwen, die weder erwerbsfähig, noch einer erwerbsfähigen Witwe gleichgestellt sind; Personen, die unabhängig von Dienstbeschäftigung lebhaft auf Grund ihrer Militärdienstzeit versorgt sind (Kapitulanten); Personen, auf die das Rentnerergänzungsgesetz vom 21. Dezember 1920 Anwendung findet. Der Teuerungszulage soll betragen monatlich 450 Mark für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbshilfen um mehr als 80 Prozent; 320 Mark für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbshilfen um höchstens 80 Prozent; 320 Mark für eine Witwe; 150 Mark für eine vollwaise Witwe; 200 Mark für eine ehemalige Witwe; 180 Mark für einen Elternteil; außerdem soll jeder Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, für jedes Kind 100 Mark erhalten. Ferner sollen erhalten: Empfänger eines Übergangsgeldes (§ 32 A.B.G.) monatlich 320 Mark; Empfänger eines Hausgeldes (§ 13 A.B.G.) während der vollen Kalendermonate der Heilbehandlung, auch wenn eine geringere Minderung der Erwerbshilfen als 50 Prozent feststeht, im monatlich 320 Mark; wenn Hausgeldempfänger für Kinder zu

als Beihilfe für Zwecke der Schulung von Betriebsratsmitgliedern im Reich für die Summe von 300 000 Mark vor. Der Ausschuss erhöhte sie auf 1 Million Mark. Eine Resolution des Reichstages beschloß, daß dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsarbeitsrat die Durchführung der Aufgaben der Jugendwohlfahrtsstelle bei den für das Schulwesen zuständigen Ministerien die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Eine große Reihe von Streikentscheidungen zu den Reichsarbeitsministerien, Reichsarbeitsvermittlung und Reichsarbeitsämtern, sondern die Wirkung des Ausschusses. Eine angemessene Entschädigung des Gehaltes Hochlehrer die Erstattung aus, daß die Umanerkenntnisarbeiten nach dem Reichsarbeitsgesetz vom 12. März 1920 in diesem Reichsarbeitsgesetz bestimmt werden und aus diesem Grunde von einer weiteren Herabsetzung der für die Hilfskräfte bei den Versorgungsbehörden vorzulegenden Mittel Abstand genommen wird. Ferner wurde eine Entschädigung angenommen, die den Mitarbeitern des Reichsarbeitsministeriums 50 Millionen Mark für nichtbeamtete Kräfte gewährt. In der weiteren Beratung beantragte Genosse Schäfer die Aufhebung der Kaiser-Wilhelm-Stadademie für arbeitssozialen Versorgungsmaßnahmen mit dem Ende des Rechnungsjahres 1922. Genosse Grotzahn beantragte die Aufhebung der Heberische der militärischen Bildungsanstalt oder deren Vermeidung mit dem Reichsgeheimratsamt. Beide Anträge wurden einer Unterkommission zur Prüfung übergeben.

Schwarz-Über gekloppt.
In Über die gestern der ehemalige Reichstagsabgeordnete Genosse Theodor Schwarz gekloppt, der Über die Jahre hindurch im Reichstag vertrat.

Deutschnationale gegen Verfüngung der Verwaltung.

Das am 15. April 1920 im Preussischen Landtag gefasste Verwaltergesetz war den Deutschnationalen immer ein Dorn im Auge. Ihr Ziel war keine schließliche Beilegung. Da aber auch sehr viel jüngere rechtsgerichtete Beamte, namentlich aber die Beamtenanwärter, diesem Gesetz recht sympatisch gegenüber standen, haben bisher die Deutschnationalen ein offenes Vorgehen gegen das Verwaltergesetz vermieden. Die Rechtschique vertrat die forstverwaltende Einstellung der preussischen Richter. Durch Verwaltergesetz wurden zwangsweise pensionierter, überalterter Beamter glaubten die Deutschnationalen das Gesetz kassieren zu können. Bis zu einem gewissen Grade haben sich die Nationalisten in ihrer Hoffnung auf die preussischen Richter nicht getäuscht. Selbst das Berliner Kammergericht verurteilte den preussischen Senat zur Fortsetzung des vollen Gehaltes an zwangsweise pensionierte Beamte. wäre keine weitere gerichtliche Entscheidung nachgeschickt worden, dann wäre das Verwaltergesetz erledigt gewesen, denn Staat und Gemeinde hätte eine Zwangspensionierung unter Weiterzahlung des vollen Gehaltes nicht vornehmen können.

Wider Erwarten — und auch viele Sozialdemokraten hatten dem Reichsgericht eine solche Lösung, die Staatsautorität stützende Entscheidung nicht angetraut —, füllte das Reichsgericht in Leipzig ein Urteil, nachdem die Zwangspensionierungen auf Grund des Gesetzes vom 15. 4. 1920 zu Recht erfolgt sind. Es bleibt also dabei: Beamte haben mit dem 65. Richter mit dem 68. Jahre aus dem Dienste auszuscheiden. Da das Reichsgericht die Hoffnung der Deutschnationalen enttäuscht hat, wollen sie auf anderem Wege die „Demokratisierung der Verwaltung“ vorhinderen. Die „Preussische Arbeitsgemeinschaft des Staatsrates“ — lies die „Deutschnationale Fraktion des Staatsrates“ — hat folgenden Antrag im Staatsrat eingebracht:
Der Staatsrat wolle beschließen:
„Das Staatsministerium im Vorlage eines Gesetzentwurfes an den Landtag zu erlassen, durch das das Gesetz betreffend Einführung einer Altersgrenze einzutreten außer Wirksamkeit gesetzt wird.“
Bezüglich für die ganze Tendenz dieses Antrages sind die Unterzeichneten, die er trägt: Obenan der „Weltbekannte“ russische Fürstling Baron Axel v. Krüdener-Goringhofen; ferner v. Dopen, Krüger, v. Stein, v. Wilmowsky, Graf Nankow, Dr. Krupp von Böhlen usw. Würde das Gesetz durch das Vorgehen der Rechtschique außer Kraft gesetzt, dann würde unzweifelhaft Schaden aus neue über unser Volk kommen. Es ist Tatsache, daß gerade die alten Oberbeamten sich in die neuen Verhältnisse nicht umschauen nicht oder wenigstens nur sehr schwer schiden können. Freilich helfen sich die höheren Beamten damit, daß sie zu ihrer Unterstützung die Neuschaffung von mittleren Beamtentstellen fordern; dadurch wird der Staat nur finanziell belastet.
Sollte das Staatsministerium mit einem derartigen Gesetzentwurf, wie ihn die Reaktionskräfte des Staatsrates fordern, vor den Landtag treten, dann wird die SPD-Fraktion die Verabschiedung mit allen Mitteln verhindern.

Das Schutzpolizeibeamtengesetz.

Das preussische Schutzpolizeibeamtengesetz liegt jetzt in einem Entwurf vor, der 108 Paragraphen umfaßt. Aus den Bestimmungen sehen wir folgendes hervor: Die Schutzpolizeibeamten sind unimmutierte Staatsbeamten (§ 1). Jeder in die Schutzpolizei Eintretende ist auf 12 Jahre zum ununterbrochenen Dienst in der Schutzpolizei verpflichtet (§ 2). Jedem Schutzpolizeibeamten steht der Aufstieg in alle Polizeistufen offen (§ 3). Nach Ablauf der zwölfjährigen Dienstzeit ist die Polizeiwachmeister (alte Dienstgrade vom Polizeihauptwachmeister abwärts) in der Regel aus der Schutzpolizei aus. Das Prinzip der lebenslänglichen Anstellung hat also nicht in dem Entwurf Eingang gefunden.
Ohne besondere Erlaubnis darf ein Schutzpolizeibeamter eine Ehe erst eingehen, wenn er eine Gesamtdienstzeit von sieben Jahren und ein Lebensalter von 27 Jahren vollendet hat (§ 5). Die Gesamtdienstzeit der Beförderungen und Entlassungen aus der Schutzpolizei vor Ablauf der zwölfjährigen Pflichtdienstzeit darf jährlich 8 Prozent nicht übersteigen (§ 7). Ueber die besonderen Anspitzlichkeiten der Schutzpolizeibeamten sagt § 13 des Entwurfs, daß der Beamte auf Grund der Verfassung und der Gesetz mit Einfluß seiner ganzen Persönlichkeit die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu schützen hat. Er darf auch bei drohender persönlicher Gefahr dem Dienst nicht fern bleiben. — Als besondere Dienstpflichten legt § 20 fest: Warnung, einfachen Verweis, Geldbuße, strengen Verweis, Entfernung aus dem Amte. Dagegen sind die ursprünglichen Bestimmungen des Entwurfs, die auf unberechtigtes Verlassen des Dienstes Gefängnisstrafen setzen wollten, aus dem Entwurf entfernt worden.

Sehr umfangreich sind die Bestimmungen über die Verlegung der Beamten. § 30 des Entwurfs zählt nicht weniger als 13 besondere Verlegungsarten auf. Die meisten Arten der Verlegung betreffen diejenigen Beamten, die nach Beendigung der zwölfjährigen Pflichtdienstzeit auscheiden müssen. Sie erhalten u. a. Übergangsgeldbestände, die im ersten Jahre 6 Wästel, im zweiten Jahre 5 Wästel, im dritten Jahre 4 Wästel des zuletzt bezogenen Ruhegehaltsfähigen Dienstverdienstes betragen.

Das neue Karthago.

Von Georges Eckhard.

(Kaufhaus verboten.)
Der diesem Daelmans-Deynze erschien Herr Wilhelm Dobousiez am Tage nach dem politischen Diner bei Freddy Béjard. Die beiden Männer kannten sich schon von der Stadterzeit her, und sie schätzten sich gegenseitig sehr hoch. Einige Jahre hindurch unterhielten sie einen sehr regen Verkehr, aber seitdem Dobousiez einen so auffälligen Curas empfand und so unzweifelhaft, kompromittierten Beziehungen unterhielt, war Daelmans von seinem Kollegen ferngehalten, obgleich er dessen Kenntnisse, dessen Fleiß und Reichhaltigkeit schätzte. Früher war sogar die Rede von einer geschäftlichen Verbindung zwischen beiden gewesen. Daelmans hatte nämlich die Absicht, seine Kapitalien in der Fabrik anzulegen. Das war aber zu jener Zeit, als die Kergendustrie sehr gut ging, und Dobousiez zog es damals vor, Hauptbesitzer zu bleiben. Heute nun kommt er, um den Großkaufmann zu bitten, seine Aktien zu übernehmen.
Daelmans-Deynze weiß schon lange, daß die Fabrik nicht mehr gut geht. Er weiß auch, daß Dobousiez sich bedeutende Opfer auferlegt hat, um seiner Tochter eine Mitgift zu geben und Béjard zu Hilfe zu kommen. Er konnte sich deshalb ganz verblüffelt stellen und die Fabrik sehr niedrig einschätzen, was sie unter günstigen Bedingungen zu übernehmen, aber Daelmans-Deynze legt dabei mehr Distanz und weniger Eifer an den Tag. Er hat übrigens wenig Lust, sich in ein neues Unternehmen einzulassen, da die Geschäftslage eine Zeit der Krise und des Stillstandes darzustellen; allein schon bei den ersten Worten der Unterredung mit Dobousiez, ja aus dem Schritte selbst, zu dem sich dieser entschlossen hat, erzieht er, daß dieser mit ungeheurer Schnelligkeit zu kämpfen hat.
Daelmans gehört zu den immer jetzener werdenden Geschäftsleuten, die zu gegenseitigen Hilfeleistungen bereit sind. Man mag wirklich das seine Laune haben, mit welchem Daelmans die Bedingungen der Abnahme der Fabrik diskutiert. Um Dobousiez nicht noch mehr in Verlegenheit zu setzen, zeigt er sich gar nicht abertalend; er spricht auch nicht in einem mitteilbaren Tone, der einen Mann wie Dobousiez schwer beleidigen würde. Er gibt ihm nur einmal zu verstehen, daß wenn er bereit ist, die Fabrik selbständig zu erwerben, es nur geschieht, um einzeln in der Not befindlichen Freunde zu helfen. Nicht eine unangenehme Bemerkung, nicht ein Vorwurf kommt aus seinem Munde.

Sein Wohlwollen verhindert ihn nicht, die Angelegenheit eingehend zu prüfen und zu besprechen. Er will sein Interesse mit seiner Gewandtheit nicht in Widerspruch bringen. Seinen Freund will er sich verpflichten, aber er möchte sich doch keine so schwere Last aufladen. Das ist ja nicht mehr als recht. Das ist durchaus launisch und menschlich ganz nat. Es hält nicht allzu schwer, eine Einigung zu erzielen.

Nun bleibt aber noch ein Punkt, den sie dahin weber der eine noch der andere zu berühren sagte. Sie müssen sich darüber aussprechen. Beiden liegt es am Herzen, aber Dobousiez ist so stolz und Daelmans so feindselig, daß es schließlich sich Daelmans doch, den Stier bei den Hörnern zu fassen, wie er ja sich selbst sagt.

„Aber, Herr Dobousiez“, fragte er, „ohne indiskret zu sein, was geben Sie selbst jetzt an?“
Der andere lachte. Er sagt nicht, seinen Wunsch auszusprechen.

„Hören Sie“, fährt Daelmans fort, „ich will Ihnen einen Vorschlag machen. Sie können ihn ja annehmen oder nicht, aber jedenfalls wollen Sie ihn nicht ablehnen, wenn er Ihnen unannehmbar scheint. ... Ich denke so: Da die Fabrik Ihren Besitz verliert, so wäre es sehr natürlich, daß sie, gleichzeitig ihren Direktor zu verlieren. ... Sie verstehen wohl, was ich meine? ... Ich möchte Ihnen sogar das weitere sagen, daß diese Übernahme mit mir vom Anfang abhalten könnte. Kapitalien können erlegt werden, Herr Dobousiez, das Geld gewinnt man oder verliert man (er wollte sagen „verschleudert man“, aber er sprach es nicht aus) oder gewinnt es auch wieder. Aber was man schwer findet und was sich nicht leicht ersetzen läßt, das ist ein tüchtiger, erfahrener Mann, ein tüchtiger Kaufmann. ... Deshalb frage ich Sie, Herr Dobousiez, wollen Sie an der Spitze einer Fabrik bleiben, die Sie ausgerechelt haben und die nur Sie aufrecht erhalten und verwalten können? Sie verstehen wohl, was ich meine?“

Gewiß verstand er es. Es war ja gerade die Lösung, an die er selbst gedacht hatte und die er selbst wünschte.
Bei so ehrlichen und so geraden Dingen war es leicht, auch die Höhe des Gehalts des Direktors festzusetzen. Dieses brauchte nur noch von Saint-Jardier und den kleinen Mitbeteiligten genehmigt zu werden, aber das war ja eine bloße Formalität. Selbstverständlich sollte Daelmans das Gehalt sehr hoch an; er wünschte sogar, daß der Direktor auch in Zukunft des prächtigen, an die Fabrik angelegte Gebäude bewohnt; aber der Vater, der jetzt allein war, wünschte bei seiner Tochter zu sein.

Niemand hatte in dem Maße wie Daelmans-Deynze Herrn Dobousiez das bittere, demütigende Opfer zu erleiden gemußt, das er darbringen mußte. Wer hätte ahnen können, daß bei einem solchen Geschäftsmann ein so zartes Gefühl zu finden sei? Dobousiez mußte es sich selbst im Innern seines gewappneten, stolzen, den jarten Kergenen so wenig zugänglichen Herzens eingestehen. Und in dem Augenblick, wo er von Daelmans, seinem jetzigen Prinzipal, Abchied nehmen sollte, während er in einer korrekten Formel seinen Dank aussprach, schloß er losgelassen Eis in seiner Brust schmelzen, und er fiel seinem Freunde und seinem Retter in die Arme.

„Den Mut nicht verlieren!“ sagte Daelmans-Deynze mit seiner gewohnten Einfachheit und Bündigkeit.

IX.

Die Börse.

Ein Uhr! Das ist die Stunde, wo die Börse geöffnet wird. Eben schlägt die Turmuhre, das letzte Heberfeldel des früheren, abgedranneten Gebäudes, eine fleißige Uhr, die, als die Flammen bereits alles ringsum verzehrt hatten, wie eine treue Sklave noch ihre Arbeit verrichtete, indem sie der Handelsstadt die australische Stunde verkündete. ...

Ein Uhr! Beeilt euch, jetzt ist keine Zeit mehr zum Essen, ihr Geschäftsleute und Finanzmänner! Jetzt heißt es nicht mehr Domino spielen; andere Kombinationen warten auf euch. Trinkt euren Kaffee aus, euren Kognak, euren champagnos! Hängt auch die Zeitung wieder auf; jetzt ist keine Zeit mehr, sie zu lesen, so knapp sie auch für euch redigiert ist. Zählt und eilt zur Börse; sonst müßt ihr Strafe zahlen.

Ein Uhr! Sie kommen von allen Seiten der Stadt und besondern aus der Altstadt herbei. Die Reichen von heute, die Reichen von morgen und auch die Reichen von gestern, die sich im Kampf gegen die Katastrophe abmühen, Sperulanten, die über Nacht Millionenäre geworden sind, aber auch solche, deren Millionen in Rauch aufgehen bei brennendem Straß.
„Geh laufe, fliege, elender Sklave der Göttin Fortuna! Das Rad dreht sich, hänge dich an seine Speichen und verlaube, dessen Bewegung zu regeln! Man sehe nur, wie sie sich drehen, sich überwinden, um das fatale Rad zu ergreifen, das mit der Fortuna die von Rastlosen daran festhalten. Heute oben, morgen unten! Das Rad dreht sich und dreht sich, und die Höhe sinkt und knarrt. ... Und das Knarren hat ein düßeres Echo! ...“
(Fortsetzung folgt.)

Der neue Kampf zwischen Kirche und Staat in Sowjetrußland.

Nach einer amtlich noch nicht bestätigten Meldung, soll in Moskau das Haupt der russischen Kirche, der Patriarch Tichon, verhaftet worden sein. Gleichzeitig sollen in Moskau auch eine Reihe höherer Geistlichen verhaftet worden sein.

Diese Meldung klingt nicht unwahrscheinlich, wenn man den Kampf, der in letzter Zeit zwischen der Kirche und dem Sowjetstaat entbrannt ist, in Betracht zieht. Die Sowjetregierung hat bekanntlich ein Dekret erlassen, wonach die nicht für den Bedarf der Weisse unbedingt notwendigen Kostbarkeiten der Kirche beschlagnahmt und für die Hungernden im Wolgagebiet verwendet werden sollen. Eine große Anzahl von Gemeinden begrüßte dieses Dekret und viele Kirchen gaben freiwillig ihre Wertgegenstände heraus. Der Bischof Dossien erließ sogar einen Aufruf an die Gemeinden des Gouvernements Samara, dem Zentrum des Hungergebiets, sie mögen für diese wahrhaft christliche Sache die kirchlichen Kostbarkeiten spenden. Auch der Bischof Antonin in Moskau, sowie eine große Zahl niederer Geistlicher sprachen für die Herausgabe der kirchlichen Kostbarkeiten zu Gunsten der Hungernden.

Andererseits stellte sich zu diesem Dekret das offizielle Haupt der Kirche, der Patriarch Tichon. Er erließ einen Aufruf an alle Gläubigen und forderte sie auf, den Staatsbehörden die Herausgabe der kirchlichen Geräte zu verweigern. Ja, er drohte sogar denjenigen Gemeindegliedern, die freiwillig die Kostbarkeiten herausgaben, mit dem Bann der Kirche. Dieser Aufruf des Patriarchen bedeutete die Anlage eines offenen Kampfes gegen den Staat. In vielen Ortschaften leisteten die Gemeinden auf Aufforderung des Patriarchen, der Ausführung des Dekretes über die Konfiskation der kirchlichen Kostbarkeiten Widerstand, und an manchen Stellen kam es sogar zu blutigen Zusammenstößen.

Wie sich die Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirche durch den Aufruf des Patriarchen verschärft haben, beweisen die Erklärungen, die das Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Justiz, Krassikow, in diesen Tagen der Vertretern der Sowjetpresse gemacht hat. Er sagte u. a.:

Die unermessliche Haltung des Patriarchen und eines Teiles der höheren Geistlichkeit gegenüber dem großen Volksgesund wird von keinem ehrlichen Diener der Kirche gebilligt. Täglich werden in der Presse Briefe und Beschlüsse der niederen Geistlichkeit veröffentlicht, die das Dekret über die Konfiskation billigen. Die Haltung der höheren Geistlichkeit wird nur der großen Masse der Gläubigen die Augen öffnen und ihr zeigen, daß die Kirche die Beschützerin der Rechte der Kapitalisten und Gutbesitzer ist. Die ganze Verantwortung für die Zusammenstöße, die bei der Herausgabe des kirchlichen Vermögens zu Gunsten der Hungernden entstehen können, fällt einzig und allein auf die Fürsten der Kirche, welche eine gnostische und hekerische Politik gegen die Sowjetregierung führen.

Wenn auch die Art und Weise, wie die Sowjetregierung gegen die Häupter der Kirche vorgeht, durchaus verurteilt werden muß, so kann auch die Haltung des Patriarchen angefaßt des furchtbaren Unglücks, das Rußland betroffen hat, und das Millionen von Menschen dem Hungertode preisgibt, in keiner Weise gebilligt werden. M. S. B.

Hermann Greulich.

Ein 80jähriger Veteran des Arbeiterinternationale.

In Zürich vollendete am Sonntag Hermann Greulich sein achtzigstes Lebensjahr.

Als Sohn eines armen Transportarbeiters in Breslau geboren, schon im 13. Lebensjahre verwaist, erlernte Greulich bei täglich vierzehnstündiger Arbeitszeit durch fünf lange Jahre das Buchbinderhandwerk. Die Wanderschaft brachte ihn bald durch Österreich ins Schwäbische, wo er zunächst als Demokrat sich betätigte und dem Arbeiterverein sich anschloß, der damals noch im liberalen Fahrwasser lag. Von Reutlingen aus wurde er zum Vereinsstabe der deutschen Arbeitervereine als Delegierter entsandt, der im September 1895 in Stuttgart tagte. Dort lernte er August Bebel kennen, der in den Arbeitervereinen damals schon eine führende Rolle spielte. In Reutlingen gemacht, wandte sich Greulich dann nach der Schweiz und fand in Zürich eine neue Heimat, der er treu geblieben ist.

Unter dem Einfluß von Karl Birli, dem begeisterten Schüler von Charles Fourier, wurde Greulich Sozialist. Sie gründeten gemeinsam eine Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation, der Birli präsiidierte und Greulich als Schriftführer angehörte. Als dann im Jahre 1898 der Münchener Vereinstag der Arbeitervereine unter Bebel's und Liebknecht's Leitung das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation sich zu eigen machte, war Greulich an diesem Beschluß als Delegierter aus Zürich beteiligt.

In der Schweiz hat in den folgenden Jahrzehnten Hermann Greulich eine überaus mühselige, aber auch fruchtbare Pionierarbeit für den Sozialismus geleistet. Er rief zunächst mit einigen anderen ein sozialistisches Tageblatt die „Tagwacht“, ins Leben, das indessen nur eine sehr kümmerliche Existenz fristete. Nach etwa zehnjährigem Bestehen ging es ein. Und auch ein später folgendes Erbschaftsblatt, die „Arbeiterstimme“, konnte sich auf die Dauer nicht halten. Die Redaktionsstätigkeit Greulich's, verbunden mit der umfassendsten Agitationsarbeit in der ganzen Schweiz, hat ihm wohl unzulängliche Mühle bereitet, aber materielle Not nicht fernhalten können. Durch alle Widerwärtigkeiten aber ließ er sich nicht abhalten, auf dem schwierigen Boden der Schweiz mit ihrem Rationalismus für die Sache des Sozialismus zu arbeiten mit einem Eifer und einer Ehrlichkeit, wie nur ein sehr harter Charakter sie aufweisen kann. Er ist für die schweizerische Sozialdemokratie gewissermaßen der Vater gewesen, ihr Führer und Wegweiser, noch bis in die letzten Jahre.

Statistische Abhandlungen über Lohnstatistik, aber die Organisation einer Betriebszählung usw. lenkten die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf ihn, so daß er im Jahre 1884 zum Chef des Kantonalen Statistischen Bureaus in Zürich ernannt wurde. Im Jahre 1887 wurde er zur Leitung des neu gegründeten schweizerischen Arbeitersekretariats berufen, das vorbildlich für die Arbeitersekretariate anderer Länder geworden ist. Seine statistischen Untersuchungen über Arbeitslosigkeit, Arbeitslohn usw. haben nicht wenig dazu beigetragen, daß die Statistik nicht nur bei den schweizerischen, sondern auch bei den deutschen Gewerkschaften eine wichtige Grundlage für die gesamte Gewerkschaftstätigkeit wurde.

Auf den Internationalen Sozialkongressen vor dem Weltkrieg war die marxistische Patriarchengestalt Greulich's eine ständige Erscheinung. Noch auf der letzten großen Konferenz vor dem Kriege in Basel hielt er neben Zetkin, Viktor Adler und Haase eine viel beachtete Rede gegen die Kriegsgefahren.

Die Vereinigten Staaten als Anlagemarkt seit Anfang 1922.

Regierungen, Provinzialverwaltungen und Kommunen aus allen Teilen der Welt wenden sich zur Deckung ihres Anleihebedarfs in immer stärkerem Maße New York. Die Nachfrage dieses Marktes ist bereits so stark geworden, daß Weltbanken die Banken erneut ersucht hat, vor der Begebung ausländischer Anleihen sich mit der Regierung ins Benehmen zu setzen. Nachdem im Jahre 1921 an ausländische Regierungen Anleihen in Höhe von 488 000 000 Doll. und ferner an nichtamerikanische Gesellschaften solche in Höhe von 162 000 000 Doll. begeben worden sind (von diesen insgesamt 850 000 000 Doll. waren rund ein Drittel zur Neufundierungszwecken bestimmt), sind in den beiden ersten Monaten des neuen Jahres bereits weitere ausländische Anleihen in einer Gesamthöhe von 158 886 000 Doll. in den Vereinigten Staaten untergebracht worden. Im einzelnen handelt es sich um folgende Anleihen:

	au	bis	in Höhe von
Niederländisch-Indien	6 %	1917	40 000 000 Doll.
Provinz Ontario	5 1/2 %	1927	15 000 000 „
Provinz Alberta	5 1/2 %	1917	8 816 000 „
Staat Louisiana	6 %	1917	10 000 000 „
Provinz Neubraunsweld	5 1/2 %	1922	1 890 000 „
Königreich der Niederlande			
75 000 000 Gulden-Anleihe			
rückzahlbar al pari	6 %	1972	30 150 000 „
Argentinische Republik	7 %	1927	27 000 000 „
Melbourne Electric Supply Co., Ltd.	7 1/2 %	1946	2 500 000 „

Internationale Studentenkongferenz.

Eine Ansprache des Innenministers Dr. Köster.

Sonnabend vormittag wurde die Internationale Studentenkongferenz, zu der Vertreter aus etwa 15 Ländern, sowie von verschiedenen ausländischen Studentenorganisationen erschienen sind, im Senatsaal der Universität feierlich eröffnet. Als Vertreter der Reichsregierung waren Reichsminister des Innern Dr. Köster und Staatssekretär Schulz erschienen. Reichsminister des Innern Dr. Köster übermittelte die Grüße des Reichspräsidenten. Er erklärte, er fühle diesen Auftrag gern aus, weil er der Überzeugung sei, daß aus den Wünschen und Sehnen, die in diesem Saal verhallen, ein weltweites Einverständnis, vielleicht in der Zukunft für die Zusammenarbeit Europas herauskommen könne als nur den Kongressen von hohen Würdenträgern. In Genua habe die ältere Generation zusammen, belastet mit dem ganzen Erbe von Zweifeln und Spannung, das die letzten Jahre in die Menschen hineingebracht haben; in Leipzig arbeite eine mehr unbefangene Jugend an der Zukunft. Nichts sei wichtiger für die Zukunft Europas, als wenn man die zukünftigen, geistigen Führer der Länder sich schon in jungen Jahren zusammenfinden und lernen, über die nationalen Schranken hinaus auch in geistiger Beziehung dem allein Satzung vererbenden Gedanken der Korporation zum Siege zu verhelfen; wenn auch in jedem Lande die Studentenschaft der erste Träger des nationalen Gedankens sei, müsse doch ohne zwischenstaatliche und ohne überstaatliche Zusammenarbeit die weltwirtschaftliche ebenso wie die geistige Zukunft zu einem mehr zusammenhängenden Ganzen gelernt haben, international ihre Kämpfe zu führen, ebenso wie Industrie und Bankwelt seit Jahrzehnten international zusammenarbeiten, müßten auch die geistigen Führer der Wissenschaft den Gedanken der internationalen Zusammenarbeit pflegen und praktisch durchzuführen. Zum Schluß wandte sich der Minister an die anwesenden Studenten und bat sie, Deutschland so zu lieben, wie es in Wirklichkeit ist, und sich nicht von der Scheinblüte der deutschen Wirtschaft täuschen zu lassen. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall und Handklatschen aufgenommen.

Die internationale Studentenkongferenz hat folgende Entschlüsse angenommen: Die Teilnehmer an der Leipziger internationalen Studentenkongferenz halten es für ihre Pflicht, den in schwerer Not befindlichen russischen Studenten mit allen Kräften zu helfen. Sie sind bereit, dabei Hand in Hand zu arbeiten. Neben dem Weg der Zusammenarbeit werden die Organisationen unmittelbar mit einander verhandeln. Am Sonntagabend gab der Vorstand der deutschen Studentenschaft den ausländischen Kongressmitgliedern ein Essen.

Maisfeier und Kommunisten.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

Die Konferenz der drei Exekutiven der Internationalen haben beschlossen, daß am 20. April und, wo dies aus technischen und organisatorischen Gründen möglich ist, am 1. Mai in allen Ländern „kraftvolle, möglichst gemeinsame Kundgebungen“ für die in dem gemeinsamen Aufruf festgestellten Forderungen veranstaltet werden sollen, die auch bereits in dem Mai-Aufruf des Deutschen Parteivorstandes enthalten sind.

Die A.P.D.-Zentrale richtete nun an den deutschen Parteivorstand die Aufforderung, am 20. April in Deutschland gemeinsame Kundgebungen zu veranstalten. Hierzu hat der Parteivorstand folgendermaßen Stellung genommen:

In dem Neuenformitee der Internationalen Konferenz haben die Vertreter der zweiten Internationale bereits darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Ländern und auch in zahlreichen deutschen Städten, es nicht möglich sein wird, an zwei so kurz aufeinander folgenden Tagen — 20. April und 1. Mai — eindrucksvolle Kundgebungen zu veranstalten. Sie erklärten sich jedoch mit gemeinsamen Kundgebungen durchaus einverstanden, wenn die Gemeinsamkeit in allen Ländern garantiert würde.

Das Scheiterte an der Ablehnung der kommunistischen Internationale, die sich weigerte, auch für Rußland die Gemeinsamkeit der Kundgebungen mit Menschewitz und Sozialrevolutionären zuzugestehen. Deshalb wurde in der gemeinsamen Resolution von der Verpflichtung zu gemeinsamen Kundgebungen Abstand genommen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands lehnt es ab, in Deutschland gemeinsame Kundgebungen mit den Anhängern der Dritten Internationale zu veranstalten, während in Rußland unsere Parteigenossen gewaltsam gehindert werden, an den gleichen Kundgebungen teilzunehmen. Er fordert die Parteioptionen allerorts auf, zur Frage der Kundgebung am 20. April bzw. 1. Mai Stellung zu nehmen. Gemeinsame Kundgebungen kann der Parteivorstand aus den oben angeführten Gründen nicht empfehlen.

Severing für amtliche Loyalität in der Autonomiefrage.

Der preussische Minister des Innern, Severing, nimmt in einer Zuschrift an die „Vollstättige Zeitung“ zu der Behauptung Stellung, daß sich an gewissen Stellen des preussischen Ministeriums des Innern Widerstände gegen die Anwendung des obersteinsten Autonomiegesetzes geltend machten. Severing erklärt: An keiner Stelle des mit unterzeichneten Ministeriums haben jemals irgendwelche Zweifel bestanden, daß das Autonomiegesetz aus unter den infolge des Gewerkschafts wesentlich veränderten Umständen durchzuführen sei. Insbesondere habe ich als verantwortlicher Leiter des preussischen Ministeriums des Innern von jeder dieser Standpunkte mit Nachdruck vertreten.

Errichtung staatlicher Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf.

Bereits im Jahre 1919 haben die Abgg. Graf Lüdemann und Genossen bei der verfassungsgebenden Preussischen Landesversammlung den Antrag gestellt, die Errichtung besonderer wirtschaftlicher Mittelschulen, sogenannter Wirtschaftsschulen, zu veranlassen, um den aufstrebenden Kreisen aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung und der Angehörigen der Wirtschaft die Beteiligung an der berufsmäßigen Verwaltung sozialer und wirtschaftlicher Angelegenheiten zu ermöglichen. Dieser praktische Durchführung und die Bedeutung dieser Aufgabe hat alsdann Ministerialrat Dr. Kühne vom Preussischen Handelsministerium im Reichsschulenausschuß einen eingehenden Bericht erstattet. Nach wiederholten Verhandlungen mit den zuständigen Behörden und den Vertretern der Gewerkschaften ist später ein besonderes Kabinett unter dem Vorsitz des Ministers a. D. Lüdemann gebildet worden, welches Vorläufe für die Errichtung einer Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung aufgestellt hat.

Die für die Errichtung der Schulen und die Beschaffung der Lehrkräfte erforderlichen Mittel sind inzwischen vom Preussischen Landtage bewilligt worden. Auch hat die außerordentlich schwierige Frage des Unterhalts der Teilnehmer während der Ausbildungszeit eine einigermassen befriedigende Lösung gefunden. Weiter haben die beteiligten Gemeinden in entgegenkommender Weise die erforderlichen Räume nebst Einrichtung zur Verfügung gestellt. Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe war daher in der Lage, die Eröffnung zweier Schulen zum 2. Mai d. J. und zwar in Berlin und Düsseldorf in Aussicht zu nehmen. Als Leiter der Berliner Schule wurde der Privatdozent an der Universität Kiel und Mitglied am Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft Dr. Serenberg berufen, als Leiter der Düsseldorfer Schule der Dozent am staatlichen Seminar für Gewerbelehre in Berlin, Diplom-Handelslehrer Seelbach. Weiter den von den verschiedenen Gewerkschaften zu entsendenden Schülern können auch weitere Personen aus dem ganzen Reichsgebiet unter bestimmten Voraussetzungen auf eigene Kosten an dem Unterricht teilnehmen. Anmeldungen für die Berliner Schule sind zu richten an Dr. Serenberg, Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung, Berlin-Wilmersdorf, Stadtkreis, für die Düsseldorfer Schule an Diplom-Handelslehrer Seelbach, Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, Düsseldorf, Billerstraße 129 (Stadt. Flora).

Düsseldorfs Scherker Kritiker gestorben.

Der frühere preussische Kriegsminister und Chef des Generalstabes des Feldheeres, General der Infanterie Erich v. Falkenhayn, ist am 8. April auf Schloß Lindstedt bei Wildpark gestorben.

Aus aller Welt.

Die Schlange im japanischen Parlament.

Wilde Tummelereien, die jedenfalls eine andere Veranstaltung hatten als bei uns in solchen Fällen, spielten sich vor kurzem im japanischen Parlament ab. Es wurde nämlich von der Galerie aus eine Schlange in den Sitzungssaal heruntergeworfen, die sofort verschwand. Verschiedene Abgeordnete, die das Tier gesehen hatten, stürzten in voller Hast und riefen dadurch allgemeine Aufregung hervor. Man war gerade in einer äußerst wichtigen und erregten Sitzung, in der über das Frauenstimmrecht verhandelt wurde. Die Polizei hatte das Parlament besetzt, um die Scharen von Frauenrechtlerinnen fernzuhalten, die den Eingang bedrängten. Der Chef der Polizei von Tokio eilte sofort in den Sitzungssaal und soll hier einen Abgeordneten Tanaka mißhandelt haben, weil dieser ihn angeblich daran hinderte, das Tier zu fangen. Die Schlange war unterdessen auf die Rednertribüne gelangt, wo Dr. Nawa gerade eine lange Rede hielt, um die Haltung der Regierung in der Frauenstimmrechtsfrage zu verteidigen. Diese rhetorische Leistung wurde jäh unterbrochen, da der Redner stuchend die Tribüne verließ. Unterdessen hatten sich die Gemüter wieder beruhigt; weder von der Schlange noch von dem Unbekannten fand man eine Spur, und die einzige bleibende Folge dürfte die Abwesenheit des Polizeichefs sein, weil er sich an einem unersichtlichen Abgeordneten zerschlagen hat.

Schwimmergefahr in Süddeutschland.

Seit Dienstag nacht tobt in ganz Süddeutschland ein orkanartiger Südweststurm, der an den Drahtleitungen und in den Wäldern vielfachen Schaden angerichtet hat; außerdem sind überall anhaltende Schneefälle eingetreten. Da im Gebirge für diese Jahreszeit enorme Schneemassen liegen, die zum Teil eine Höhe von 1 bis 1 1/2 Meter haben, so besteht Schwimmergefahr. Alle Bäche und Flüsse zeigen starkes Anschwellen. Der Rhein ist heute nacht um über einen Meter gestiegen, der Neckar hat bereits bei Mannheim die Ufer überschritten und das Borgebiet weithin überflutet.

Funksprache als Kinderpiel.

Der amerikanische Handelsminister Hoover hat eine Konferenz nach Washington einberufen, die über die Mittel und Wege beraten soll, um die drahtlose Telegraphie und das drahtlose Telefon einer Regierungskontrolle zu unterstellen. Wie offiziell erklärt wird, hat die übermäßige Benutzung von radiotelegraphischen und radiotelephonischen Einrichtungen seitens des Privatpublikums solche Ausmaße angenommen, daß es heute schon nahezu unmöglich ist, einen geordneten staatlichen Dienst aufrecht zu erhalten. Da die Dinge keinesfalls so weitergehen können, lehnt sich Amerika heute in der Zwangslage, eine strenge Kontrolle einzuführen und eigens einen Stab von Beamten zu diesem Zweck in Dienst zu stellen. Das Spiel mit der drahtlosen Telegraphie und drahtlosen Telephonie hat sich nämlich insbesondere bei der reichen amerikanischen Jugend zu einer wahren Manie entwickelt, und diese Jugend sieht heute im Begriff, sich zu einer Beteiligung zu organisieren, die die „Freiheit des Funkverkehrs“ für jedermann verteidigen soll.

Lastauto gegen Eisenbahn!

Was hier die Schienen, sind dort die Reifen. Betriebssicherheit muß ausschlaggebend sein, denn das Beste ist hier gerade gut genug. Für die Lastwagenbereifung heißt dies: Nimm

Continental

Voll-Reifen

Seine Qualität bürgt für Sicherheit im Betrieb und billigsten Kilometerpreis.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. April.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend 7 1/2 Uhr in allen Distrikten Distrikts-Versammlungen. Thema des Abends: Die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Stadträte...

Gegen die schamlose Bewucherung des Volkes

und die monarchistischen Putztreiber im Lande wird am Freitag, den 14. April, vormittags 11 Uhr die Breslauer Arbeiterkassette auf dem Schloßplatz demonstrieren.

Deutschnationale Wohnungs-Schieber.

Ein Prozeß, der am Sonnabend vor der 3. Breslauer Straßammer gegen den Stadtratsmitglied Wenzel Hugo Frey stattfand, brachte Vorgänge bei der Vergabe von Wohnungen an die Öffentlichkeit...

Gen. Frey hatte in einer Stadtratsversammlung als Referent der sozialdem. Fraktion einige Fälle von Unregelmäßigkeiten in der Wohnungszuteilung...

Ein Oberleutnant von Gienauth war unter Nr. 39771 am 1. Dezember als Wohnungssuchender gemeldet. Für Angehörige seiner Kavallerie-Division waren Wohnungen bereit gestellt...

Das ist der erste Fall, in dem durch das Eingreifen des Regierungspräsidenten bzw. seines Oberregierungsrates Schelicha eine Wohnung einem unrechtmäßigen Weisiger erhielt.

Sport am Sonntag

Kußball-Sport.

Die Kreismeisterschaft.

Stern weiste am Sonntag in Bunzlau, um gegen Wader-Görlitz die Kreismeisterschaft auszutragen. Die Breslauer behaupteten das Feld und Wader mußte sich 5:0 geschlagen begeben.

Dels I-Diana I.

Um den Aufstieg in die Sonderklasse standen sich der Meister der A-Klasse Diana und der Tabellenletzte der Sonderklasse Dels auf dem Vf.L-Platz im Eichenpark gegenüber.

Süd I-Brieg I 6:0.

Der Altmeister Süd weite in Brieg und konnte einen schönen Sieg mit sechs Toren bringen.

Sturm I-Silezia I 2:2.

Sturm hat gegen den Wind Anstoß und kann bald eine Ecke erzielen, welche jedoch nicht einbringt.

Elfmeter zugesprochen, welcher aber daneben getreten wird. Alles aus sich heraus gehend, gelingt es ihnen, den Ausgleich herbeizuführen...

B. f. L. I-Sparta I.

Beide Parteien können bis Halbzeit 1 Tor erzielen. Nach Halbzeit legt Sparta 1 Tor vor und sie können bis kurz vor Schluß das Resultat 2:1 für sich gestalten...

Sonderklasse:

Table with 3 columns: Team, Score, Status. Includes Süd I, Süd II, Sturm I, Sturm II, B. f. L. I, B. f. L. II, Dels I.

A-Klasse:

Table with 3 columns: Team, Score, Status. Includes Riders I, Riders II, Höhe I, Höhe II.

III. Bezirksmannschaft:

Table with 3 columns: Team, Score, Status. Includes B. f. L. III, B. f. L. IV, Sparta III, Weist IV.

Jugendmannschaften:

Table with 3 columns: Team, Score, Status. Includes Eichenlaub I, Weist I, Sturm I, Sparta I, Sparta II, Dhlau I.

Schüler:

Table with 3 columns: Team, Score, Status. Includes B. f. L. I, B. f. L. II, Sparta I.

Schwerathletik.

Am Sonntag gab es wieder spannende Kämpfe. Im Heben: Athleten-Klub „Hercules“ gegen Sport-Klub „Jellensfest“...

Spanisch zusammenbringen. Anmeldungen zu diesem Kursus werden entgegengenommen täglich von 8-2 Uhr und 4 bis 7 Uhr im Volksbildungsamt...

Die juristische Sprechstunde

findet in der nächsten Woche Mittwoch, den 12. April, und Donnerstag, den 13. April, nachmittags von 4-5 Uhr, statt.

Arbeitnehmer besucht die Ausstellung!

In diesen Wochen wird in den Ausstellungsräumen der Jahrhunderthalle die wertvolle Wanderausstellung des Breslauer Hygiene-Museums...

Die Unwissenheit beinahe der gesamten Bevölkerung auf diesem Gebiete der Geschlechtskrankheiten ist infolge falsch verstandener Erziehungsmethode ein erschreckendes und die sogenannten „Geheimen“ Leiden sind so zahlreich...

Dem können und dürfen wir nicht ruhig zusehen, weshalb wir den Besuch der Ausstellung schon in diesen Tagen von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags (näheres siehe Plakate) bestens empfehlen.

Verbilligte Eintrittskarten zum Preise von 2 Mark sind durch die Vorsitzenden der Gewerkschaften anzufragen...

Rundgebung der Breslauer Kleingärtner.

Die Breslauer Kleingärtner hatten sich am Donnerstag abend auf Einladung des Bezirksverbandes Breslauer Kleingärtner-Vereine außerordentlich zahlreich im Gewerkschaftsbaus...

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Sprachkursus in Spanisch.

Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert, daß im Rahmen unserer Sprachkurse auch Spanisch unterrichtet wird.

Dr. Tischler, der Rechtschutzvertreter des Verbandes Schlesischer Kleingartenvereine, in längeren Ausführungen die große Bedeutung des Kleingartenbaues für die Volksernährung, als auch für die Volksgesundheit. Leider ist der größte Teil des Volkes auf Spekulationsland angewiesen und es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß immer mehr deutscher Boden der Spekulation zum Opfer fällt. Hiergegen müssen sich die Kleingärtner mehr durch festen Zusammenschluß und dadurch, daß sie sich geschlossen hinter ihre Führer stellen. Der Kleingartenbau soll uns hinweghelfen über die brutale Gegenwart und darum muß jetzt mehr denn je mehr Schutz für den Kleingärtner verlangt werden.

Einmütig wurde folgende Entschließung angenommen:

Die am 6. April 1922 im dichtgefüllten großen Saale des Gewerkschaftshauses zu Breslau versammelten Kleingärtner geben dem Wünsche Ausdruck:

1. daß die Kleingarten- und Kleingartenverordnung vom 21. Juli 1919 in allen Instanzen als Schutzhülle für die Kleingärtner angesehen und bei juristischem Zweifel zugunsten der Kleingärtner ausgelegt wird;
2. die Ausschüsse, das deutsche Volk ernähren zu können, sind sofortigermaßen denn je. Der Kleingarten gibt die Möglichkeit, die Ernährung der Kopf- und handarbeitenden Bevölkerung zu sichern und sie gesund zu erhalten, deshalb ist die Erleichterung von Land zur Neuanlage von Kleingärten ein Erfordernis der Stunde;
3. die Kleingärtner sollen als deutsche Staatsbürger lehrhaft sein, darum ist das Fortbestehen der Kleingartenanlagen in weitestmöglicher Umlänge zu sichern, indem auf die Schaffung von Daueranlagen Bedacht genommen wird;
4. ist es auch nicht von Gesetzeswegen Pflicht der Behörden, so erwarten und erbitten die Kleingärtner nachdrückliche Förderung ihrer Verbands- und Organisationsarbeiten.

Die Firma Messow und Waldschmidt

feierte gestern im Savon-Hotel in Gemeinschaft mit den ältesten Angehörigen des Fest ihres 25jährigen Bestehens. In Gratulanten fehlte es nicht, denn wer Erfolg hat, der hat auch Freunde, und selbst die Konkurrenz begrüßt an solcher Tagen ihren Feind. Das Warenhaus ist die höchstentwickelte Form der kapitalistischen Warenverteilung. Seine Betriebsmethode ist so vorbildlich, daß es sich in aller Welt durchsetzen konnte, in Deutschland trotz einer ihm feindlichen, zünftlich-bourgeoisierten Geisteshaltung. Aber die Entwicklung der Warenhäuser ist auch rasant so rasch gegangen, als viele bei ihren Aufkommen geglaubt haben; insbesondere haben sie die Spezialgeschäfte nicht verdrängt. Unsere Partei hat das Wesen der Warenhäuser mit Interesse, nicht mit Feindschaft beobachtet. Als Anhänger des Entwicklungsgebanten geben wir der höherstehenden Betriebsform gegenüber der zurückgebliebenen den Vorzug. In das Warenhaus leistungsfähiger als der Kleinhandel, dann muß sich dies auch in sozialer Hinsicht ausdrücken. Und in der Tat haben sich Zustimmungen in den Warenhäusern meist ohne arge Reibungen vollzogen. Auch bei Messow und Waldschmidt hat nach unserer Erinnerung in den 25 Jahren nur ein einziger Streikfall nach außen hin sich regen gemacht. Über den Stand der Warenhäuser hinaus drängt die Entwicklung in den genossenschaftlichen Käuferorganisationen vorwärts. In einigen Jahrzehnten werden die Konsumvereine so hoch über die Warenhäuser hinausragen, wie heute das Warenhaus über den Laden des Kleinhändlers. So leben wir in den Warenhäusern eine wichtige Station der Wirtschaftsentwicklung. Aus ihrer Organisation und ihrem Wesen haben auch wir allerlei zu lernen, was wir uns beim sozialistischen Gesellschaftsbau zunutze machen müssen.

Die Anmeldefrist für die Volkshochschule wird bis Mittwoch, 12. April, einschließlich verlängert. Anmeldungen bis dahin werktäglich 8-3 und 5-8 Uhr, Samstags 9-12 1/2 Uhr im Volkshochschulamt, Springergasse 5-9, 3. Stod. Spätere Meldungen werden nur ausnahmsweise und lediglich werktags 8-3 Uhr entgegen genommen.

Schlesisches Museum der bildenden Künste. Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Franz Landberger: „Gedanken über plastische Form“ (mit Lichtbildern).

Der Druckfehlerheft hat sich unsere Jüdischen Scheinbar zum Spezialgebiet erlesen. In der Besprechung des „Friedrich Julius“ hat er bespottet, was aus „Friedrich Julius“ von Julius gemacht, aus dem brutalen Kampf zwischen Mann und Weib einen „breiteren“ Kampf und aus Strindbergs Ich erzählter Seelenergliederung machte er eine Schamhülle, was doch wirklich nicht zutrifft. Die „Schöne Gräfin“ bezeichnete er als eine verfallene. Aus „Sein Feind“ (nämlich des Films Feind) sagte er das Jüdische „Zum Jäcker“.

Einbruch in den Konsumverein „Vorwärts“. Das Geschäft des Vereins Neumarkt 12 ist in der Nacht zum 2. April geplündert worden. Man hat zunächst das vor dem Eingange angebrachte Schutzgitter losgerissen, sodann die Glasscheibe der Eingangstür zerstört und ist so in den Verkaufstram gelangt und hat daraus Waren für insgesamt 42000 Mark entwendet, nämlich: 20 braune Manchester-Krawattenzüge, 103 Meter schwarze weiße Anguststoff, 22 Meter modische Anguststoff, 70 Schürzen und 1 Schürzen. Meldungen erlösen an das Polizei-Präsidium, Zimmer 47.

Gasvergiftung einer ganzen Familie. Im Seitenhaus des Grundstücks Klosterstraße 100 wohnt ein Arbeiter von Lindenhofmann mit Frau und 2 Kindern von 7 und 1 1/2 Jahren. Die Familie wurde am 7. April, nachmittags 2 Uhr, in ihren Betten an Gas vergiftet vorgefunden. Die herbeigekommene Feuerwehr vermachte alle 4 Personen unter Anwendung des Sauerstoffapparates ins Leben zu rufen.

Von der Elektrischen überfahren wurde am 7. April, nachmittags gegen 8 Uhr, auf der Friedrich-Wilhelmstraße der 17jährige Arbeiter Alfons Knöfel von Sternstraße 53. Der junge Mann wurde an Kopf schwer verletzt. Die Feuerwehr schaffte ihn nach dem Albrechtshospital.

Beim Schiebermarkt auf dem Neumarkt. Die Polizei ist sofort hinter dem Treiben auf der sogenannten „Schieberstraße“ auf dem Neumarkt her. Am Donnerstag jagte sie dort wieder einige Krimmer ab, die Kleingartenstücke zum Verkauf brachten. Es wurde festgestellt, daß die Sachen mittels Einbruchs Clauerstraße 37 gestohlen waren. Der Verkäufer war ein Jungherzog, der den Einbruch mit zwei anderen Jünglingen ausgeführt hatte.

Gefährlicher Friedhofskräder. Auf einem Döwitzer Friedhof wurde am 6. April ein Arbeiter von der Vornwerkstraße dabei ertappt wie er von Grabumfriedungen Strohstücke und Ketten losmachte und in einem mitgeführten Sack steckte. Er wurde der Polizei überführt und die Diebesbeute der Friedhofverwaltung übergeben.

Zwei aufgefundenen wurde am Sonntag in seiner Wohnung Kreuzberger Straße 43 der Arbeiter Hermann Krause, 43 Jahre, Todesursache unbekannt. Die Leiche ist in das Schauhaus überführt worden.

Gasvergiftung. Die Sechzigstraße 4 wohnhafte Schneiderin Gertrud Kadenbacher, 37 Jahre alt, wurde an Gasvergiftung aufgefunden. Die Leiche ist in das Schauhaus überführt worden.

Wir sind bereit, an der Klärung der Lage im Deutschen Beamtenbund weiter mitzuarbeiten und uns auch an den Ausschüßberatungen vorläufig weiter zu beteiligen.“ Damit war die Klippe umschifft, an der der Beamtenbund zu zerfallen drohte. Einmütig angenommen wurde dann eine Entschließung, die sich mit den Maßregelungen der Beamtenhaft beschäftigt, in der eine unerträgliche Herabdrückung der Stellung der Beamten zu Volk und Staat erklährt wird. Der Bundestag fordert sofortige Verhandlungen mit den zuständigen Behörden und ist bereit, alle über die beim Abschluß des Eisenbahnerstreiks getroffenen Vereinbarungen hinausgehenden Maßregelungen zu bekämpfen. Gegen die Stimmen der Lehrer, der Heres- und Marinebeamten wurde dann zur Unterbrechung der Gemahregellen die Erhebung einer Pfändungslage beschlossen. Zur Bildung eines Sicherheitsrates und für allgemeine und besondere Zwecke des Bundes beantragte die Bundesleitung einen einmütigen Beschluß mit 50 Mark zu erheben. Nach längerer Debatte wird dem Antrag der Bundesleitung zugestimmt. Weiter wurde einstimmig beschlossen die Aufhebung des Sperrgesetzes zu fordern. Der Klassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit einer Summe von über 2 1/2 Millionen Mark ab und wurde ebenso wie der Bericht für das Geschäftsjahr 1922, der fast 9 Millionen Mark erfordert, genehmigt. Beschlossen wurde, einen Schlichtungsausschuss, bestehend aus einem Vorsitzenden und sechs Beisitzern, einzusetzen, der die Streitigkeiten, insbesondere die zwischen den Polizeioberinspektoren, regeln soll. Annahme fand eine Entschließung, die die Befämpfung des Wanders fordert, sich gegen den Wahn der Getreidemenge ausdrückt, dessen Ausmaß und eine ähnliche Maßnahme für die Kartoffelerzeugung fordert. Weiter wird die Veranstaltung organisierter Beamtler zur Vorbereitung und Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen gefordert. Der nächste Bundestag soll wieder in Berlin stattfinden. Energiehellen Protest erhob die Konferenz gegen ein Verbot einer Eisenbahnerverammlung in München, die am 11. April stattfinden und in der Menge rekürrieren sollte. Nach der Wahl von Gertrud Hoff (Reichsgemeinschaft der Eisenbahner), Kugler (Reichspolizistengewerkschaft) und Reibhardt (Süddeutscher Beamtenbund) zu stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Bundestag durch den Vorsitzenden Dietrich geschlossen.

Zum Metallarbeiterstreik in Süddeutschland.

Die Streikbewegung der Metallarbeiter in Bayern und Württemberg zugunsten der 46-kündigen Wochenarbeitszeit sowie einer durchgreifenden Erhöhung der Löhne und einer Verbesserung der Bestimmungen der Manteltarifverträge hat durch den Streikbruch für die Metallindustrie in Mannheim eine weitere Verschärfung erfahren. Auch hier wird den Arbeitern durch Streikspione eine Verächtlichmachung der bisherigen Arbeitsbedingungen durch die Verlängerung der Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden zugemutet. Dieses Diktat haben die Arbeiter mit Recht abgelehnt, so daß namentlich auch in Mannheim ca. 18000 Metallarbeiter im Streik stehen. Ingesamt sind zurzeit einschließend der streikenden Metallarbeiter in Süddeutschland 130000 Arbeiter der Metallindustrie

in die Bewegung einbezogen, ein erheblicher Teil von ihnen ist durch Gegenmaßnahmen der Unternehmer ausgeschlossen. Auch im Industriegebiet Frankfurt a. M. ist mit dem Ausbruch einer Streikbewegung aus den gleichen Ursachen zu rechnen. Da nicht abzusehen ist, wann diese Bewegungen günstig für die Arbeiter beendet werden können und zu welchen Gegenmaßnahmen die Unternehmerorganisationen noch greifen werden, so hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, um gegen alle Eventualitäten gerüstet zu sein, die

Erhebung von Extrabeiträgen in Höhe des doppelten Wochenbeitrages

beschlossen und dies den Verbandsmitgliedern durch ein kurzes auftaues Flugblatt bekanntgegeben. Wir begrüßen diese Maßnahme des Metallarbeiterverbandes. Um Großes geht der Kampf in Süddeutschland. Aus dem bisherigen Verhalten der Unternehmer muß der Schluß gezogen werden, daß, wenn ihnen die Forderung der 48stündigen Wochenarbeitszeit gelingt, dann auch die Forderung der Aufhebung des Achtstundentages. Das darf nimmermehr sein. Ein unantastbares, wertvolles Gut ist der Achtstundentag und der mit der 46-Stunden-Woche verbundene freie Sonntagsnachmittag. Die Forderung der Aufhebung der Anschläge des vereinigten Unternehmerbundes ist daher im allgemeinen Arbeiterinteresse geboten. Es gilt, dem vereinigten Unternehmertum die

Gefährlichkeit und Opferwilligkeit der Arbeiterschaft entgegenzustellen, um einen der größten und bedeutungsvollsten Kämpfe in der deutschen Metallindustrie erfolgreich zu Ende zu führen.

Cautionierung des Zentralverbandes der Zimmerer.

In der am 2. April im Gewerkschaftshauses tagenden Gaukonferenz (Gau Schöllen) erklärte der Gauleiter Kamerad Schmidt seinen Gedächtnisbericht. Aus dem Bericht konnte erfreulicher Weise festgestellt werden, daß es in unserem Gau normal geht. Von 1919-1921 wies die Mitgliederzahl von 5513 auf 6641 Mitglieder, wobei eine Zunahme von 1128 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Die Zahl der Lehrlinge liegt nun bei 771 im Jahre 1920 auf 978 im Jahre 1921, wobei auch hier eine Zunahme von 207 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Die Gesamtlosten der geführten Lohnkassen betragen 242517 Mark. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die Organisation gut gearbeitet hat und getreu den kommenden Kämpfen entgegenstehen kann. Bei der Neuwahl des Gauleiters wurde Kamerad Schmidt einstimmig wiedergewählt und als Delegierter zum Gewerkschaftskongress bestimmt. Hierzu erklärte Kamerad Ede vom Zentralverband seinen Bericht über die Zentralverbandlungen und die Neuordnung des Tarifvertrages. Wir leben in einer verlagslosen Zeit, denn die zentralen Verhandlungen sind bis jetzt gescheitert, deshalb müssen auch die Besirke ihre Lohnverhandlungen selbst führen und Verträge abschließen. Nicht interessante Ausführungen machte der Referent über die Kritik der Unternehmer bei den Verhandlungen. Die Einführung der Akkorarbeit, 48stündige Arbeitszeit fürs ganze Jahr und soziale Löhne (Sachleistungen), das sind die frommen Wünsche der Unternehmer. Die Agenten sollen eingearbeitet werden und weil der Zimmerer im Winter durch Frostwetter arbeitslos wird, soll er im Sommer die verlorene Arbeitszeit einarbeiten, ähnlich wie bei den Landarbeitern zur Erntezeit. Also 10-stündige Arbeitszeit, das ist das Endziel der Unternehmer? Dafür haben die Zimmerer aber kein Verhältniß und sie werden den Achtstundentag zu verteidigen wissen durch ihre freie Organisation. Dann kann es nur für alle Zimmerer heißen, hinein in die Organisation und kämpfe eure Kassen. Dem gefährlichsten Unternehmertum kann nur eine geschlossene Organisation der Arbeitnehmer entgegenstehen. In der Diskussion waren sich alle Redner einig und unterließen die Ausführungen des Referenten. Mit einem feierlichen Schlußwort schloß der Gauleiter die gut verlaufene Konferenz.

Die Tarifverhandlungen im Bergewerbe sind zu einem gewissen Abschluß gekommen. Zwischen den Vertragsparteien ist über die strittigen Hauptpunkte ein Einverständnis erzielt, das den Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Die Generalversammlungen der Verbände tagen im Monat Mai. Bis dahin bleiben die am 31. März abgelaufenen Reichstatistverträge im Hoch- und Tiefbewerbe in Geltung.

Aus der Damenmachschneiderei. In der Damenmachschneiderei sind die zentralen Verhandlungen gescheitert. Da strittige Verhandlungspunkte gegeben sind, sind der Ortsgruppe II des allgemeinen deutschen Arbeiterverbandes sofortige Forderungen unterbreitet worden. Die Verhandlungen sollen beschleunigt werden. Von dem Ergebnis wird es abhängen, ob der Friede in der Damenmachschneiderei erhalten werden kann.

Aus der Provinz Schlesien. Achtung, Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordnete.

Um nützeren Vertretern in Gemeinde und Kreis auf dem schlesischen Lande Kommunalen und Kreistage für ihr Verhalten in den Gemeindevertretungen und Kreistagen geben zu können, gibt der Bezirksverband als Beilage des Mitteilungsblattes einen „Kommunalen Ratgeber“ heraus. Der Ratgeber wird allmonatlich mit dem Mitteilungsblatt versandt und zwar erhält jede Ortsgruppe ein Exemplar gratis. Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordnete können die Zeitschrift zum Preise von 2 Mark pro Exemplar (das sind die Selbstkosten) abonnieren. Bestellungen bitte an das Bezirkssekretariat für Mittelschlesien, Breslau I, Margaretenstraße 17, Zimmer 9, zu richten.

Der Bezirksverband.
J. A.: G. Schölich, G. Janotta.

Reifenexplosionskatastrophe in Gleiwitz.

23 französische Soldaten getötet.
In Gleiwitz hat sich gestern kurz nach 12 Uhr mittags eine furchtbare Explosionskatastrophe ereignet. Französische Besatzungstruppen hatten den Wägel, auf dem logenommenen Hüftenfriedhof nach Gleiwitz zu fahren. Hörschlagartig durch Entzündung einer Handgranate explodierte in einer alten Grube in der Kasse ein dort verworren gehaltenes Munitionslager. 16 französische Soldaten wurden auf der Stelle getötet. Nach einer späteren Meldung soll die Zahl der Toten auf 23 gestiegen sein. Dieser Bericht, dessen Ursache zur Stunde noch nicht ganz aufgeklärt ist, — vor allen Dingen steht noch nicht fest, ob es sich tatsächlich wie Berliner Blättern behaupten, um ein polnisches Munitionslager handelt — nach dem Kreisratkontrollur Veranlassung, anzunehmen, daß alle öffentlichen Lokale um 8 Uhr geschlossen werden. (Dieser Bericht hat einem Teil der bürgerlichen Zeitungen bereits Veranlassung gegeben in Obereschlesien „neue politische Sturmzeichen“ zu entdecken. Dafür liegen im Augenblick gar keine sicheren Angaben vor. Die Ursache zu dem außerordentlich bedauerenswerten Unglück, das allerdings aufklärerische durch einer Waffensucht entstand, ist noch nicht festgestellt. Für uns wäre es aber besser gewesen, wenn die Allesbesserwisser geschwiegen hätten. Die Redaktion.)

Die Jünger Knüppelkämpfers auf dem Kriegspfade.

Nach der schweren Niederlage der Deutschsozialen in Breslau sollte Dets am Freitag den Kanjancien Glück bringen. Hatte man es doch auf die zahlreiche Arbeiterchaft der Werkstätten abgesehen.

Der mit großer Respekt in der „Solomine“ angepriesene ehemalige „Kommunalführer“ Prell war aber nicht da weil er erkrankt in der Provinz Brandenburg an Grippe erkrankt ist. Schade, daß wir um den Genau kamen, diese Heldengröße in ihrer ganzen Würde zu schauen. Dafür sprach ein Herr Luftschmied. Unter dem Gelächter der Arbeiter entwickelte er das deutschsozialistische Propaganda Knüppelkämpfers. Das Vernünftige an diesem sind Grundzüge, welche die Sozialdemokratie seit Marx ständig vertritt. Im übrigen führte er einen richtigen Gierstand auf zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien. Raum ein Dutzend Leute klatschten ihm am Ende Beifall, während teilweise auch noch ironisch. Ein zweiter Sprecher bemühte sich erfolglos, die Lage zu retten. Und nun nahte das Verhängnis.

In der freien Sprache las Genosse Ganezorek von dem Kommunalführer einen Brief aus Nürnberg vor, in dem die dortige Parteileitung erklärt, Prell sei niemals Kommunalführer geworden, wohl aber ein berühmter Spieler. Er zerpflückte dann in trefflicher Weise das Programm des Herrn Luftschmied, der kleinlaut am Tisch saß. Nach ihm entrollte Genosse Professor Janke ein Bild Knüppelkämpfers. Dieser Chef der Deutschsozialen war früher freiständlicher Lehrer in Berlin-Schöneberg. Er wurde dann von dem Oberjunker von Seydewitz als Generalsekretär der Konservativen für hohes Gehalt engagiert. So fiel sein Genügnungswort mit dem „Quartalswechsel“ bezeichnenderweise zusammen. Dieser ehemalige Freiwirtschaftler mit dem hohen Einkommen vertrat nun in zahllosen Versammlungen die Politik der großparteilichen Junker, welche die Arbeiter fröchstens und ausgaben. In diesen 1920 gaben die Deutschnationalen Herrn Kunze den Laufpaß über sein Stellungsges war. Da keine Partei ihn wollte, gründete er sich eine eigene, um sich über Wasser zu halten. Selbstverständlich glaubte er unter den Arbeitern die Dummen zu finden, welche ihn mit erdrückten. Deshalb wechselte er von neuem seine Meinung und schied sich mit sozialdemokratischen Feinden. Natürlich versprechen er und seine Gefolgschaft den Dummen den Himmel auf Erden, weil sie wissen, daß sie nie in die Lage kommen werden, es halten zu müssen. Sie übertrieben noch die Deutschnationalen, welche fast den Gipfel des stumpfsten Demagogismus erklommen haben.

Herr Luftschmied sah während der Rede unseres Genossen doch wie ein betrübter Solgerber, denn die letzten Worte woglichwimmten. Die politische Fähigkeit dieses Herrn zeigtgenicht am besten sein. Eingeleitet hat er die politische Vergangenheit Knüppelkämpfers nicht kennen. Und so ein Mann wollte die Deller Arbeiter klären?

Und der Erfolg? — Eine einspännige Drahtseil ist dieser noch zu groß für die ganzen Deller Deutschsozialen. Keinen Feind hat er nicht, noch freiwillige Spende, große Auslagen für Gau und Kreisquartier. Kunst, unter den Delfern Arbeitern gibt er keine Dumme, die mit dir laufen wollen, um dich auszublocken. Laß die Politik, arbeite lieber an deinem Patentgummistüppel „Seda“ und laß deine Jünger mit ihnen rennen.

Bereinstalender.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Aktion der Maurer. Mittwoch, den 12. April, abends 7 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Versammlung. Erscheinen aller ist Pflicht. Die Sektionsleitung.
Konsumverein Vorwärts. Heute Montag Lichtbilder vortag über das Thema: Genossenschaftswesen des In- und Auslandes in der Hauptkategorie. Kurlenstraße 32, für die Mitglieder der Verkaufsstelle Schwendfeldstr. und Kolonie Zimpf Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen.

Schuh putz Pilo glänzt im Nu
Das Geheimnis jung zu bleiben! Murchalin
Das Geheimnis jung zu bleiben! Murchalin
Das Geheimnis jung zu bleiben! Murchalin

Gewerkschaftsbewegung. Der dritte Bundestag des Deutschen Beamtenbundes

hat am Sonnabend sein Ende erreicht. Die befürchtete Spaltung konnte verhindert und der Kongress mit der Konzentration der Tagesordnung abgeschlossen werden.
Der letzte Verhandlungstag wurde eröffnet mit einer Erklärung, die der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Arbeiter, Meisinger, im Namen der Reichsorganisation und gleichmäßig im Namen der Reichsgewerkschaft und des jetzt-beamtenbundes sprach und folgenden Wortlaut hat: